



HAL
open science

Alle Wege führen nach Gorleben. Transnationale Netzwerke der Anti-AKW-Bewegung der 1970er Jahre

Andrew Tompkins

► To cite this version:

Andrew Tompkins. Alle Wege führen nach Gorleben. Transnationale Netzwerke der Anti-AKW-Bewegung der 1970er Jahre. Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess, 2020. halshs-03081896

HAL Id: halshs-03081896

<https://shs.hal.science/halshs-03081896>

Submitted on 18 Dec 2020

HAL is a multi-disciplinary open access archive for the deposit and dissemination of scientific research documents, whether they are published or not. The documents may come from teaching and research institutions in France or abroad, or from public or private research centers.

L'archive ouverte pluridisciplinaire **HAL**, est destinée au dépôt et à la diffusion de documents scientifiques de niveau recherche, publiés ou non, émanant des établissements d'enseignement et de recherche français ou étrangers, des laboratoires publics ou privés.

Tompkins, Andrew S. (2020): Alle Wege führen nach Gorleben. Transnationale Netzwerke der Anti-AKW-Bewegung der 1970er Jahre. In Detlef Schmiechen-Ackermann, Christian Hellwig, Wienke Stegmann, Karolin Quambusch, Jenny Hagemann (Hg.): *Der Gorleben-Treck 1979. Anti-Atom-Protest als soziale Bewegung und demokratischer Lernprozess*. Göttingen: Wallstein (Schriften zur Didaktik der Demokratie, 5), pp. 150–172.

Alle Wege führen nach Gorleben:

Transnationale Netzwerke der Anti-AKW-Bewegung der 1970er Jahre

„Wyhl begrüßt Gorleben“: diese in Fraktur gesetzte Inschrift eines großen, auf einen Unimog montierten Transparents auf der Treckerfahrt in die Stadt Hannover am 31. März 1979 schien für viele die Größe und die Geschichte der Anti-Atomkraft-Bewegung in der Bundesrepublik zusammenzufassen. Aus der Losung „Nai hämmer gsait!“ der anfänglichen Bewegung gegen ein Atomkraftwerk im äußersten Südwesten der Bundesrepublik wurde ab 1979 die Parole „wat mutt, dat mutt!“ So erklärten Gegner*innen des geplanten Endlagers für radioaktive Abfälle im abgelegenen Landkreis Lüchow-Dannenberg an der Staatsgrenze zur DDR ihren Widerstand. Nicht umsonst betitelte der Soziologe Dieter Rucht eine der ersten vertieften Analysen dieser Bewegung *Von Wyhl nach Gorleben*.¹ Gorleben wurde schnell zum nationalen Kristallisationspunkt der Anti-AKW-Bewegung in Westdeutschland.

Allerdings war der Standort Gorleben auch eng in ein weit größeres Netzwerk eingebunden, das über nationale Grenzen hinweg arbeitete und sich über mehrere Jahre entwickelt hatte. Gorleben war Teil einer transnationalen Anti-AKW-Bewegung, die von den USA bis nach Japan über ganz Westeuropa erstreckte und die in den 1970er Jahren in Westdeutschland und Frankreich besonders stark auftrat. Gorleben war nicht nur mit Wyhl verbunden, sondern auch mit den Nachbarn der Badener im Elsass, die schon seit 1971 gegen das Atomkraftwerk Fessenheim demonstrierten und 1975 erfolgreich den Bau einer umweltschädlichen Fabrik in Marckolsheim verhindert hatten. Der Protest in Gorleben bei der Treckerfahrt 1979, bei der Platzbesetzung 1980 und bei späteren Blockaden der Castor-Transporte speiste sich nicht nur aus wendländischer oder bundesdeutscher Kreativität, sondern wurde auch vom südfranzösischen Larzac-Plateau inspiriert, auf dem Bäuerinnen und Bauern von 1971 an ein Jahrzehnt lang gegen die Erweiterung einer Militärbasis kämpften. Da die ursprünglichen Pläne für Gorleben auch eine Wiederaufbereitungsanlage²

¹ Siegfried Göpper u. Albert Helbing, *Fahrt nach Hannover Ende März 1979*, in: Büchele et al (Hg.), *Wyhl, Der Widerstand geht weiter*, Freiburg 1982, S. 133–135; Walter Mossmann, *Realistisch sein: das unmögliche Verlangen. Wahrheitsgetreu gefälschte Erinnerungen*, Berlin 2009, S. 204–205; Dieter Rucht, *Von Wyhl nach Gorleben. Bürger gegen Atomprogramm und nukleare Entsorgung*, München 1980.

² Auch „Wiederaufbereitungsanlage“ genannt.

(WAA) umfassten, gab es früh Kontakte zu Gegner*innen der französischen WAA in La Hague, die später bei Rücktransporten von deutschem Atommüll an Bedeutung gewannen.

Diese drei transnationalen Verbindungen der Protestbewegung in Gorleben waren weder die einzigen noch für alle Protestierende die wichtigsten. In der Tat waren sie meist Ergebnis von persönlichen Beziehungen einzelner Personen oder bestimmter Teile der Bewegung – wie bei transnationalem Kontakt üblich war. Zusammen zeigen sie aber die Breite und Tiefe solcher Beziehungen Gorlebens zu anderen Standorten. Dieses Kapitel wird an den drei Beispielen La Hague, Larzac und Alsace erläutern, wie der Protest in Gorleben in transnationale Netzwerke der Anti-AKW-Bewegung integriert war und was die Wendländer daraus ziehen konnten. Davor wird kurz auf die Struktur der Anti-AKW-Bewegung im Allgemeinen eingegangen. Die Forschung beruht auf Quellen aus zwei Dutzend Archiven, insbesondere Polizeiberichten aus regionalen und nationalen Staatsarchiven in Deutschland und Frankreich sowie Flugblättern, Bewegungszeitschriften, Presseauschnitten und Filmen aus den (teils privaten) Archiven von Aktivist*innen. Hinzu kommen Oral-History-Interviews mit etwa 60 ehemaligen Teilnehmer*innen der Bewegung in beiden Ländern.

Struktur der Anti-AKW-Bewegung

Im Laufe der 1970er Jahre sind Proteste um nahezu jedes geplante Atomkraftwerk in Westeuropa entflammt. Manche blieben eher örtlich beschränkt oder wurden durch vollendete Tatsachen (wie einen erfolgten Reaktorbau) früh beendet und fielen somit nach und nach aus der erfolgsbetonten Selbsterzählung der Anti-AKW-Bewegung heraus. Das gilt z.B. für Atomkraftwerke wie Mülheim-Kärlich und Esenshamm in Westdeutschland oder Gravelines und Cruas-Meyssse in Frankreich. Andere wie zum Beispiel Grohnde oder Braud-et-Saint-Louis erreichten kurzzeitig große Bedeutung, während wiederum andere längerfristig national oder gar international bekannt blieben. Hierzu zählen Wyhl und Brokdorf oder Fessenheim und Plogoff. Gorleben als Standort eines geplanten „integrierten nuklearen Entsorgungsparks“ für Atommüll, mit WAA und Endlager, rückte Ende der 1970er Jahre ins Zentrum der Anti-AKW-Bewegung in der Bundesrepublik. Die Proteste dort belebten diese sogar wieder. In Frankreich waren es nicht die Fragen WAA und Endlager, die den größten Protest auslösten, sondern der Schnelle Brüter in Creys-Malville, da dieses spezielle Atomkraftwerk im normalen Betrieb Plutonium herstellte. Malville hatte daher (wie der deutsche Reaktor SNR-2 in Kalkar, der aber nie in Betrieb ging) eine Bedeutung für die Herstellung sowohl von Atomwaffen als auch von neuem Brennstoff für den „nuklearen Kreislauf“ des gesamten Atomprogramms. Allerdings scheiterten die Großproteste dort im Jahre 1977, wovon die lokale Bewegung sich nie ganz erholte. In der Folge nahm kein anderer Standort

in Frankreich eine ähnlich integrierende Funktion für die Gesamtbewegung ein, wie Malville zuvor hatte.

Frappierend ist, dass alle diese Proteste prinzipiell gegen nationale und internationale Atomprogramme gerichtet waren, aber konkret auf spezifische Projekte an bestimmten Standorten fokussiert blieben. Mit wenigen Ausnahmen war die Organisation solcher Proteste überwiegend in der lokalen Bevölkerung verankert. Oft dem frühen, erfolgreichen Beispiel von Wyhl (Platzbesetzung 1975) folgend haben betroffene Bürger den Ton angegeben und den Rahmen geschaffen, innerhalb dessen ihre zahlreichen, auswärtigen Unterstützer agierten. Das daraus entstehende Netzwerk war also dezentral und bestand aus Kontakten zwischen verstreuten Standorten in diesen und anderen Ländern.

Trotz des überwiegend lokalen und regionalen Charakters der Bewegung betonen viele Studien eher die Geschichte bekannter, national sichtbarer Organisationen, wie z.B. des Bundesverbandes Bürgerinitiativen Umweltschutz oder seines französischen Pendant, „Les Amis de la Terre“.³ Die mediale Wirkung solcher Organisationen ist nicht zu verleugnen, gleichzeitig ist ihre Bedeutung leicht zu überschätzen. Der BBU verstand sich als Unterstützer seiner Mitgliederorganisationen: engagierte Leitfiguren wie Hans-Helmuth Wüstenhagen, Petra Kelly oder Jo Leinen reisten zu Standorten, berieten ausführlich lokale Gruppen und lenkten die Aufmerksamkeit der großen Massenmedien auf eben diese Standorte. Die Organisation selbst veröffentlichte Aktionskataloge zur Anregung von Protestaktivitäten und half beim Vernetzen. Die aktivsten Austausche liefen jedoch häufig von Standort zu Standort und nicht über zentrale Organisationen: schließlich verfügte das kleine Bonner Büro des BBU nicht über ausreichende Kapazitäten, um eine „nationale“ Bewegung zu koordinieren und zu lenken.

Ähnliches gilt für die französischen „Amis de la Terre“, welche in den 1970er Jahren durch Protestveranstaltungen in Paris große Aufmerksamkeit auf sich zogen. Ihr Vorsitzende Brice Lalonde fungierte im Laufe des darauffolgenden Jahrzehnts als Präsidentschaftskandidat, später als Staatssekretär und schließlich als Umweltminister. Beim raschen Ausbau der ursprünglich rein Pariser Gruppe nannte sich die Organisation um: ihrem Selbstverständnis entsprechend, wurde sie zum „Réseau Amis de la Terre“ (RAT) – *Netzwerk* der Freunde der Erde. Solche Organisationen befinden sich an zentraler Stelle in manch nationaler Erzählung der „deutschen“ und „französischen“ Anti-Atomkraft-Bewegungen, nahmen aber eher eine Unterstützerrolle für die

³ Dorothy Nelkin u. Michael Pollak, *The Atom Besieged. Extraparliamentary dissent in France and Germany*, Cambridge, MA 1981, S. 119–133; Christian Joppke, *Mobilizing against Nuclear Energy. A Comparison of Germany and the United States*, Berkeley 1993, S. 106, 109; Jens Ivo Engels, *Naturpolitik in der Bundesrepublik. Ideenwelt und politische Verhaltensstile in Naturschutz und Umweltbewegung 1950-1980*, Paderborn 2006, S. 332–338.

lokalen Kerne *einer transnationalen* Anti-AKW-Bewegung ein, die sich innerhalb wie außerhalb dieser Gruppen bildete und über Staatsgrenzen hinweg agierte.

Die Anti-Atomkraft-Bewegung war also gleichzeitig sehr lokal und transnational. Der lokale Charakter des Protestes führte dazu, dass die Bewegung immer wieder an neuen Orten auftauchte und von ihren Gegnern nicht an einem einzigen, zentralen Protest besiegt werden konnte. Die Transnationalität dieser Bewegung war eine ihrer wichtigsten Stärken: so holten lokale Betroffene zusätzliche Expertise, Ressourcen und Protestideen von weither. Ausländische Unterstützung zeugte von einer besonderen Breite der Solidarität, die zum Ruhm und zur empfundenen Schlagkraft des lokalen Protests beitrug. Gleichzeitig funktionierten transnationale Netzwerke anders als nationale, da sie immer die Interpretation unbekannter Situationen und die Anpassung fremder Ideen an den eigenen Kontext erforderten. Die Missverständnisse, Fehlübersetzungen und sonstigen „Mutationen“, die speziell bei grenzüberschreitender Kommunikation stattfanden, waren so auch Teil des Lernprozesses und eine Quelle der Kreativität der Anti-Atomkraft-Bewegung.⁴

Wie die unten analysierten Beispiele zeigen, besaßen verschiedene transnationale Verbindungen jedoch unterschiedliche Qualitäten. Obwohl Aktivist*innen gerne das Etikett „international“ an sich zogen, war die Bedeutung dessen nicht immer gleich. So blieben die direkten Beziehungen zwischen Gorleben und La Hague lange Zeit eher auf der Ebene von Wissen über WAAs beschränkt. Im Falle des Larzac führte der ständige Austausch unter manchen Aktivist*innen zu einem bedeutenden Lernprozess über Protestformen. Und der Umgang der Aktivist*innen in Baden und Elsass mit der Staatsgrenze zeigte den Wendländern, wie sie auch aus ihrem sehr anders strukturierten Grenzraum Vorteile ziehen konnten.

Wissen über WAAs: La Hague als Beispiel für Gorleben

Ursprünglich sollte in Gorleben nach den Plänen von 1977 ein integrierte „Entsorgungspark“ für Atommüll entstehen, mit einer WAA, die Plutonium und wiederverwendbares Uran aus verbrauchten Brennstäben gewinnen sollte, sowie einer direkt angeschlossenen Atommülldeponie. Für Atomkraftgegner*innen war die seit 1966 betriebene WAA in La Hague somit von Anfang an ein wichtiger Referenzpunkt für das, was was technologisch, wirtschaftlich und ökologisch passieren würde, wenn die bundesdeutsche Atomindustrie sich in Gorleben ansiedeln sollte. Das Wissen über die französische Atomindustrie trug deshalb dazu bei, dass die Pläne für eine WAA in Gorleben gekippt wurden. Gleichzeitig wurde damit La Hague zum Ersatz für die nie gebaute

⁴ Vgl. Andrew S. Tompkins, Grassroots Transnationalism(s). Franco-German Opposition to Nuclear Energy in the 1970s, in: Contemporary European History 25. 2016, S. 117–142.

deutsche Anlage: die Bundesrepublik schickte ihren Atommüll nach La Hague, um – vermeintlich – einen ersten Schritt der Entsorgung zu erledigen, anschließend musste der verarbeitete Müll nach Deutschland zwecks Zwischen- bzw. Endlagerung gebracht werden. Mehr oder weniger direkte Zusammenarbeit zwischen Atomkraftgegner*innen an den Standorten La Hague und Gorleben entwickelte sich erst, als die ersten Rücktransporte eine praktische Grundlage für parallele Protestaktionen bildete.

Anfangs sah der zukünftige Betreiber des Entsorgungszentrums in Gorleben Vorteile darin, den Kontakt zwischen Bewohner*innen von Gorleben und La Hague zu fördern. Für die Deutsche Gesellschaft für Wiederaufarbeitung von Kernbrennstoffen (DWK) lag das Interesse darin, die angebliche Sicherheit der französischen Anlage und die versprochene wirtschaftliche Prosperität der Umgebung anzupreisen, um Zustimmung für die Atomkraft im Landkreis Lüchow-Dannenberg zu generieren. Schon im Mai 1977 wurden die ersten lokale Politiker und Geschäftspersonen nach La Hague geflogen. Die DWK inszenierte den Besuch als großzügige Luxusreise, für die sie 35.000 DM ausgab.⁵ Die Wahl des Besuchsortes war maßgeblich dadurch bestimmt, dass La Hague einer von exakt zwei WAA-Standorten in Westeuropa war (die britische WAA Windscale in Sellafield eignete sich womöglich aufgrund eines bekannten Unfalls aus dem Jahr 1957 weniger); sie erwies sich aber als zumindest problematisch für die DWK. Denn in La Hague gab es schon eine bedeutsame lokale Bewegung, die mit Vertreter*innen der Gewerkschaft der WAA-Beschäftigten selbst eng kooperierte. Die Arbeiter*innen hatten 1976 gegen ihre gefährlichen Arbeitsbedingungen gestreikt und damit nationale Aufmerksamkeit auf sich gezogen.⁶ Ein französischsprachiger Dokumentarfilm darüber, *Condamnés à réussir*, machte auch in der Bundesrepublik die Runde, wo zusätzlich der gesamte Filmtext in Übersetzung als Broschüre erhältlich war.⁷ Darüber hinaus widmete der bekannte Wissenschaftsjournalist Robert Jungk das erste Kapitel seines Sachbuch-Bestsellers *Der Atomstaat* dem Fall La Hague.⁸

Die fünf Vertreter*innen der Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BIU), die „[a]uf Drängen der Bevölkerung und einiger Ratsherren“ auf einem DWK-finanzierten Besuch nach La Hague mitreisen durften, setzten sich in einem Reisebericht mit dieser „Butterfahrt“ kritisch auseinander.⁹ Dabei betonten sie einerseits die Mühe, die die DWK sich gab, den Reisenden kostenlos Sekt, Speisewagen-Zugang, teure Hotels, Zugtickets und Fensterplätze im Flugzeug zur

⁵ Wolfgang Ehmke (Hg.), *Zwischenschritte. Die Anti-Atomkraft-Bewegung zwischen Gorleben und Wackersdorf*, Köln 1987, S. 27.

⁶ Michel Bosquet, *Les damnés de l'atome*, in: *Nouvel Observateur*, 4. November 1976, S. 42.

⁷ François Jacquemain, *Condamnés à réussir* (Film, 60 Min.), INA, Paris; Volkshochschule Wyhler Wald, 32. Programm, 1978, ASB, Freiburg, 12.1.11.I.

⁸ Robert Jungk, *Der Atom-Staat. Vom Fortschritt in die Unmenschlichkeit*, Hamburg 1977, S. 16–40.

⁹ Ehmke, *Zwischenschritte*, S. 26; BIU, *Kritischer Reisebericht zu den WAA Karlsruhe und Cap de la Hague, 1977*, HIS, Hamburg, SBe 730 Karton 01, Mappe "Gorleben".

Verfügung zu stellen, andererseits aber auch alles, was den Besuchern vorenthalten wurde: Antworten auf ihre Fragen, Zugang zu relevanten Bereichen der Anlage in La Hague, Gespräche mit Gewerkschaftler*innen. Letztere holten einige BIU-Mitglieder selber nach, als sie an einer Bürgerversammlung in der Nähe von La Hague teilnahmen. Dort erzählten einige Arbeiter*innen von der Anfälligkeit der Anlage, den ausstehenden Reparaturen und den Risiken für ihre eigene Gesundheit, die daraus folgten – sowie von ihrem kürzlich errungenen Sieg, die Anerkennung der Leukämie als Berufskrankheit durchzusetzen.¹⁰

Obwohl seitens der DWK der Besuch zeigen sollte, wie sicher eine solche Anlage sei, betonten der französische Direktor wie auch der deutsche Reiseleiter eher die *Unterschiede* zwischen La Hague und dem geplanten Gorleben-Projekt: letzteres sollte größer und leistungsstärker sein und musste viel gefährlichere Abfälle wiederaufarbeiten.¹¹ Reiseteilnehmer*innen waren enttäuscht, dass sie nur stillgelegte Anlagenteile, eine Baustelle und ein Kontrollzentrum besuchen durften – keine funktionierende Atomfabrik, welche den Plänen für Gorleben entsprach. Am Beispiel La Hague ließen sich stattdessen ihnen zufolge eher die gesundheitlichen Risiken sowie die erwartbare Misere der Landwirtschaft erahnen: „Die berühmte Butter mit dem Namen >La Hague< wurde umbenannt. Offenbar hatte die Molkerei Absatzschwierigkeiten, denn niemand möchte verseuchte Produkte kaufen!“ Die Hauptlehre für Atomkraftgegner*innen in Gorleben ließ BIU-Vorsitzende Marianne Fritzen auf einem weiteren Flugblatt zu dem La Hague-Besuch drucken: „Bei uns in Lüchow-Dannenberg stehen noch keine Atomanlagen – das ist unsere Chance!“¹²

Überhaupt war die französische Atomindustrie und die damit verbundene Wissenschaft für die westdeutsche Entwicklung von erheblicher Bedeutung. Der Gorleben-Treck 1979 war so geplant, dass die Großkundgebung am 31. März während des von der niedersächsischen Landesregierung veranstalteten „Gorleben-Hearings“ (28.3.-3.4.) in Hannover eintreffen würde. Unter den Vortragenden war Yves Lenoir, Ingenieur an der französischen Bergbauhochschule und gleichzeitig Mitglied bei „Les Amis de la Terre“. Lenoir trug beim Hearing vor, dass die in Frankreich getestete und für Gorleben vorgesehene Verglasungstechnik zur Behandlung von hochradioaktivem Atommüll noch mit großen Schwierigkeiten kämpfe. Eine bestehende Anlage, die das Verfahren verwendete, war schnell kontaminiert: regelmäßig auszutauschende Teile in der Anlage konnten deshalb nicht aus dem kontaminierten Bereich entfernt werden und standen den Arbeitern über längere Zeiten im Wege; darüber hinaus verbreitete sich Radioaktivität nicht nur in

¹⁰ BIU, Kritischer Reisebericht, HIS, S. 2.

¹¹ Ebd., S. 4.

¹² BIU, Heute: Gift in La Hague - Morgen in Gorleben?, 1977, HIS, Hamburg, SBe 730 Karton 01, Mappe "Gorleben".

der „heißen Zelle“, die zur Verglasung diente, sondern auch in benachbarten Räumen: „Die Dekontaminierung dauerte etwa vier Wochen.“¹³

Noch wichtiger war laut Lenoir die Tatsache, dass das vorgesehene Verglasungsverfahren an sich kaum reif für eine Anwendung „im industriellen Maßstab“ war. Ende der 1970er Jahre war die Technik als „grundsätzlich realisierbar“ eingestuft, eine Formulierung, die seiner Meinung nach „ein sophistischer Trick“ war, „um eine Entscheidung durchzusetzen. Man will das Volk glauben machen, es sei bereits eine Berechtigungsgrundlage quasi a priori gegeben, obwohl man weiß, daß es *vielleicht* später einmal funktionieren wird.“¹⁴ Ein wichtiger Teil des integrierten Entsorgungsparks in Gorleben stütze sich somit auf eine kaum beherrschte Technik, die trotz wissenschaftlicher Bedenken als „Lösung“ verkauft werde – ähnlich wie die Atomkraft selbst, behaupteten Aktivist*innen.

Für westdeutsche Atomkraftgegner*innen waren die französische WAA und das daraus entstehende kritische Wissen von großer Bedeutung. Mit der Zeit wurde La Hague aber aus anderen Gründen für Gorleben wichtig. Nach der Anhörung 1979 kündigte der niedersächsische Ministerpräsident Ernst Albrecht an, keine WAA in Gorleben zu bauen, aber an den Plänen für ein Endlager am Standort festzuhalten. Ebenfalls Ende der 1970er Jahre schlossen verschiedene westdeutsche Stromgesellschaften Verträge mit COGEMA, dem Betreiber der WAA in La Hague. Das ermöglichte es den Stromkonzernen, ein von den bundesdeutschen Behörden als plausibel eingestuftes Entsorgungskonzept nachweisen, um die Kriterien zur Baugenehmigung von AKWs zu erfüllen. Für Gorleben war La Hague einerseits das Negativbeispiel, das zur Verhinderung einer deutschen Anlage diente; andererseits nahm genau deshalb die französische Atomfabrik eine zentrale Rolle im deutschen Atomprogramm ein. Des Weiteren wurde Gorleben immer noch als mögliches „Endlager“ gehandelt und ab 1984 als tatsächliches Zwischenlager für radioaktive Abfälle genutzt. Mehr als zwei Jahrzehnte lang kam deutscher Atommüll also zuerst nach La Hague zur Wiederaufarbeitung, dann musste der unbrauchbare Teil des Atommülls (samt neu entstandenen Abfällen) nach Deutschland in ein Zwischenlager wie Gorleben zurückgebracht werden. Die Standorten La Hague und Gorleben waren also spätestens ab den 1980er Jahren tiefgreifend verzahnt, und das Glück für Atomgegner*innen in Gorleben war gleichzeitig das Pech von ihren Freunden in La Hague.

Tatsächlich musste die WAA in La Hague Ende der 1970er Jahre bedeutend ausgebaut werden, um über ausreichende Kapazitäten zur Behandlung des Atommülls aus Frankreich und der

¹³ Informationszentrum kritische Wissenschaft, Gorleben-Hearing (120 S.), 1979, S. 16–17, HIS, Hamburg, SBe 731 Anti-AKW-Bewegung - A5-Broschüren.

¹⁴ Ebd., S. 18.

Bundesrepublik sowie aus anderen Ländern wie Belgien, Schweden und Japan zu verfügen. Auch wenn französischen Atomgegner*innen immer wieder auf die Gefahren der eigenen Atomwirtschaft hinwiesen, war es vor allem der ausländische Atommüll, der am heftigsten von den Bewohner*innen der Region um La Hague abgelehnt wurde.¹⁵ So kam es bei der Ankunft des Bootes *Pacific Fisher* mit einer Ladung aus Japan Ende 1979 zu Ausschreitungen; zwei Jahre später wurde auch eine Lieferung aus der Bundesrepublik kurzzeitig im Bahnhof Mézidon blockiert.¹⁶ In umgekehrter Richtung übten deutsche Demonstrant*innen schon 1984 eine Blockade des Wendlands, um zukünftige Rücktransporte des Atommülls zum Zwischenlager zu verhindern. Dabei ging es ihnen nicht um eine prinzipielle Ablehnung der Rücknahme der deutschen Abfälle, sondern darum, vollendete Tatsachen in Gorleben zu verhindern: aus einer angeblich vorübergehenden „Zwischenlagerung“ konnte allzu leicht eine permanente „Endlagerung“ werden, die die Region nicht nur über Jahrzehnte, sondern über Jahrtausende prägen würde.

Auf beiden Seiten ließen sich die meisten Menschen leichter gegen Atomtransporte *aus dem Ausland* mobilisieren, was nicht unbedingt Aktivist*innen gefiel, die grundsätzlich gegen die Atomkraft waren. In der frühen Phase der Anti-AKW-Bewegung gab es engere Verbindungen zwischen französischen und japanischen Atomkraftgegner*innen als zwischen französischen und deutschen, eben weil die Japaner*innen besser gegen den ursprünglichen *Abtransport* des Atommülls aus ihrem Land nach La Hague mobilisierten. „Wir waren immer gegen die Ankunft und nicht unbedingt gegen die Rückkehr“, sagt Didier Anger, Atomgegner der ersten Stunde aus der Region um La Hague.

Denn für uns war das Wichtigste, kein Plutonium [aus dem Atommüll] zu gewinnen, [...] d.h. dass man nicht wiederaufarbeitet und ihn nicht hierherbringt. Manchmal hat das Schwierigkeiten mit unseren deutschen Freunden verursacht, auch wenn sie das zum Schluss verstanden haben. Ihre Demonstrationen finden meistens auf der anderen Seite der Grenze statt. [...] Wir hätten uns gewünscht, dass die Blockaden in die andere Richtung gingen, wie wir es mit Japan hatten: [...] kein Plutonium gewinnen. [Das ist] fundamental.¹⁷

Für Anger vertieften sich die Beziehungen zu deutschen Aktivist*innen wesentlich bei den Protesten gegen die WAA in Wackersdorf im Laufe der 1980er Jahren. Damals entstand eine bessere Grundlage für weitere Kooperationen bei den zwölf Rücktransporten, die von 1996 bis 2011 zwischen La Hague und Gorleben stattfanden. Bei diesen Aktionen haben französische Atomkraftgegner*innen oft mit deutschen Mitstreiter*innen zusammen und auf beiden Seiten der

¹⁵ Didier Anger, Interview mit dem Verfasser, 22. September 2010, Les Pieux.

¹⁶ Cherbourg : La route du Pacific Fisher n'est pas encore coupée, in: Libération, 11. Oktober 1979; Les convois de déchets radioactifs sur le territoire français. Frontières fermées ?, in: Le Monde, 28. August 1981.

¹⁷ Anger, Interview.

Grenze demonstriert.¹⁸ Im Netzwerk der Anti-AKW-Bewegung waren die Verbindungen zwischen La Hague und Gorleben anfangs weniger weit entwickelt, als sie es später wurden.

Das Beispiel La Hague zeigt, wie aus den transnationalen Verflechtungen der Atomindustrie auch Beziehungen unter Atomkraftgegner*innen entstanden. Über Besuche, die Zirkulation vom Wissen und auch die gemeinsame Betroffenheit in La Hague und Gorleben sind Kontakte zwischen beiden Standorten geknüpft worden. Gleichzeitig ist an dem Fall ablesbar, dass solche Beziehungen nicht immer automatisch Wirkung zeigen. Transnationale Zusammenarbeit erfordert Zeit, Arbeit und ständige Kommunikation, um konkrete Ergebnisse zu erzielen. In den 1970er Jahren steckten manche Gorleben-Aktivist*innen diese Ressourcen noch mehr in ihre Beziehungen zu einer anderen Protestbewegung: zu der des Larzac.

Protesterfahrung und Solidarität: Gorleben-Larzac

Die Bekanntgabe des Standorts Gorleben am 22. Februar 1977 kam nach fast sechs Jahren Protesterfahrung der Anti-AKW-Bewegung in Westeuropa sowie weiteren Jahren der Mobilisierung anderer so genannter „Neuer Sozialer Bewegungen“. So mussten Aktivist*innen nicht „bei jedem Konflikt das Rad neu erfinden“, was kreative Protestformen anging.¹⁹ Eine besondere Quelle der Inspiration für viele war der „Kampf“ (*lutte*) der Bäuerinnen und Bauern auf dem Larzac.

1970 löste die geplante Erweiterung einer schon bestehenden Militärbasis auf dem Larzac große Proteste in dieser abgelegenen Provinz aus. Mehr als hundert Bäuerinnen und Bauern sollten ihre Felder für die Armee aufgeben. Aus ihrer Notwehr gegen den erzwungenen Verkauf bzw. die Enteignung wurde schnell eine umfassende Protestbewegung, die sich sowohl *gegen* die Armee und die Regierung richtete, als auch *für* die lokale Umwelt und die Landwirtschaft kämpfte. Die Bauernfamilien vor Ort bekamen aus verschiedenen Milieus Unterstützung, von maoistischen Gruppierungen über die okzitanische Regionalbewegung bis hin zu Hippies, Landkommunen, Kriegsdienstverweigerern und Gewaltfreien. Diese vielfältige Unterstützung wurde durch Aktionen der Betroffenen geleitet und kanalisiert. 1972 begaben sie sich auf eine Treckerfahrt zum Sitz der regionalen Verwaltung in Rodez. 1973 fuhren sie erneut los, dieses Mal nach Paris. Als ihre Weiterfahrt ab Orléans unterbunden wurden, gingen sie den Rest des Weges zu Fuß. Dieser „lange

¹⁸ Am 7. November 2004 ist es beim Rücktransport deutscher Abfälle aus La Hague zu einem tragischen Unfall gekommen, als der junge französische Atomkraftgegners Sébastien Briat von einem Zug tödlich getroffen wurde. Gedenkmärsche von Aktivist*innen finden auch in Deutschland an seinem Todestag regelmäßig statt.

¹⁹ Doug McAdam u. Dieter Rucht, *The Cross-National Diffusion of Movement Ideas*, in: *The Annals of the American Academy of Political and Social Science* 528. 1993, S. 56–74, hier S. 58.

Marsch“ nach Paris zog die nationale Aufmerksamkeit auf ihren Protest und führte zum enormen Erfolg einer Kundgebung auf dem Larzac-Plateau im Sommer 1973, wo Zehntausende auf dem Grundbesitz der Bauernfamilien direkt gegenüber der Militärbasis zelteten und feierten. Symbolisch wurde eine „Hochzeit“ zwischen den Larzac-Betroffenen und den schon berühmten streikenden Mitarbeiter*innen der LIP-Uhrenfabrik in Besançon veranstaltet. Ein Jahr später wurde erneut auf dem Land der 103 Bäuerinnen und Bauern demonstriert. Nach ihrer Zählung kamen „103.000“ Demonstrant*innen. Ab 1975 verbanden sich Larzac-Aktivist*innen mit verschiedenen standortbezogenen „Kämpfen“ woanders in Frankreich unter der Losung „*des Larzacs partout*“ („Larzacs überall“): gegen Militärbasen in Canjuers and Fontevraud, gegen einen Staudamm in Naussac, gegen ein Flughafenprojekt in Vaumeilh – und gegen Atomkraftwerke in Braud-et-Saint-Louis, Creys-Malville und Plogoff. 1977 gab es wieder eine große Kundgebung auf dem Plateau und 1978 wurde erneut ein Marsch nach Paris unternommen. Hinzu kamen zahlreiche kleinere Protestaktionen der Bewohner*innen selbst in ihrem Alltag auf dem Plateau.

Die Aktionen und Netzwerke des Larzacs reichten über den Rhein hinaus. In Freiburg berichteten 1973 die jungen Südwestfunk-Reporter*innen Freia Hoffmann und Walter Moßmann vom Larzac und, in der gleichen Serie, vom sich anbahnenden Protest gegen das Atomkraftwerk im südbadischen Wyhl.²⁰ Teilnehmer*innen der Platzbesetzung in Wyhl gaben eine Sonderausgabe der Besetzerzeitung *Was Wir Wollen* zum Thema Larzac aus.²¹ Auch Tourist*innen aus Deutschland kamen zum Larzac und verbreiteten Nachrichten über die Lage der Bäuerinnen und Bauern. Hervé Ott war ein französischer Kriegsdienstverweigerer, der dank seiner protestantischen Wurzeln auch Verbindungen zur deutschen Evangelischen Kirche hatte und deutsch sprach. Aus diesem Grund hat er viele deutsche Tourist*innen auf dem Larzac empfangen können, an die er sich so erinnert:

Für deutsche Gruppen – deutsche Touristen und [Andere] – war der Larzac eine Etappe auf dem Weg nach Spanien. Die Deutschen fuhren in Bullis nach Spanien und hielten auf dem Larzac an, *et voilà*. Ich erinnere mich, sie kamen und sagten: „Ja, ich bin an dem und dem Ort engagiert und kann vielleicht einen Artikel [schreiben] usw. Sie schafften es, eingeladen zu werden, zu sprechen, dann sah man nie einen Artikel – aber gut. Es war ein bisschen der gutmenschliche [*bien-pensant*] Polittourismus der Zeit.“²²

Über solch flüchtige Begegnungen sind aber auch längerfristige Beziehungen entstanden. Eine Gruppe aus Neu-Isenburg, die sich für die politischen Kämpfe auf dem Larzac und in der Region

²⁰ Freia Hoffmann u. Walter Moßmann, Bürger werden initiativ (Südwestfunk-Sendung), 30. September 1973, IISG, Amsterdam, Bro 1132-19.

²¹ Bauern kämpfen gewaltfrei, in: *Was Wir Wollen* Sonderausgabe "Larzac". 1975.

²² Hervé Ott, Interview mit dem Verfasser, 18. September 2010, St-Martin du Larzac.

interessierte, verkaufte okzitanischen Wein in Deutschland.²³ 1977 nahmen einige Antimilitarist*innen aus Deutschland, den Niederlanden, Italien, Frankreich und anderen Ländern an einem „Sommer des Protests“ (*été des luttes*) Teil, der in der französischen Öko-Zeitschrift *La Gueule Ouverte* hoch gelobt wurde.²⁴ Linke Gruppen wie der Kommunistische Bund druckten Nachrichten über den Larzac, die über ihre französische Schwesterpartei l'Organisation Communiste des Travailleurs übermittelt wurden. In Hamburg bildeten undogmatische Linke einen „Larzac-Freundeskreis“ und veröffentlichten ein Buch von Interviews mit den Bäuerinnen und Bauern.²⁵ Unter der Losung „Gorleben – Larzac : même combat !“ („... der gleiche Kampf!“) organisierten sie an beiden Standorten Vorträge zum jeweils anderen Protest. Ein paralleles, ebenfalls in Hamburg angesiedeltes Netzwerk von gewaltfreien Aktivisten tat das Gleiche und lud weitere Delegationen vom Larzac nach Gorleben. Zusammen haben diese Gruppen dazu beigetragen, dass die Erfahrungen des Larzacs auch in Aktionen in Gorleben einfließen.²⁶

Für Hervé Ott als Kriegsdienstverweigerer waren die Verbindungen zu gewaltfreien Aktivist*innen wie Wolfgang Hertle am engsten. Hertle wohnte damals in Hamburg und las regelmäßig französische Zeitschriften. So erfuhr er sehr früh aus der linkskatholischen Zeitschrift *Témoignage Chrétien* von den Larzac-Protesten. Er besuchte ab 1973 immer wieder das Plateau und war von den kreativen Formen des gewaltfreien Protestes dort inspiriert. Als Redakteur der gewaltfreien Monatszeitung *Graswurzelrevolution* veröffentlichte er viele Artikel zum Larzac sowie zu Anti-AKW-Protesten wie in Gorleben.²⁷ Später schrieb er sogar seine Doktorarbeit über den Larzac.²⁸ Er freundete sich mit Hervé Ott an, als dieser zusammen mit anderen Kriegsdienstverweigerern ein Zentrum für Gewaltfreiheit namens „Le Cun“ auf dem Larzac errichtete. In den Jahren danach nahm Hertle direkten Bezug darauf und arbeitete an dem Aufbau der „Kurve Wustrow“, einer Bildungs- und Begegnungsstätte für gewaltfreie Aktion in Gorleben:

Das Beispiel von dem *Cun* im Larzac – d.h. in einem Konflikt, der einmal für die Gesellschaft zentral relevant ist und andererseits über längere Zeit wohl anhalten wird – in dem Zusammenhang eine Bildungsstätte einzurichten, das war vom Larzac her angeregt und da habe ich gedacht, ja, das würde ganz gut dahin passen.²⁹

²³ Angela Baier, *Das Fass ist voll. eine Region wehrt sich*, Neu-Isenburg 1978.

²⁴ Isabelle Cabut, *serpent des luttes, premier anneau. haguena-la frontière allemande*, in: *La Gueule Ouverte*, 21. Juli 1977, S. 3–4.

²⁵ Heidi Burmeister u. Volker Tonnätt, *Zu kämpfen allein schon ist richtig. Larzac*, Frankfurt 1981

²⁶ Vgl. Robert Gildea u. Andrew S. Tompkins, *The Transnational in the Local. The Larzac Plateau as a Site of Transnational Activism since 1970*, in: *Journal of Contemporary History* 50. 2015, S. 581–605, hier S. 596–598.

²⁷ Vgl. *Graswurzelrevolution* 40, März–April 1979.

²⁸ Wolfgang Hertle, *Larzac, 1971-1981. Der gewaltfreie Widerstand gegen die Erweiterung eines Truppenübungsplatzes in Süd-Frankreich*, Kassel 1982.

²⁹ Wolfgang Hertle, Interview mit dem Verfasser, 22. Juli 2010, Hamburg.

Le Cun und die Kurve Wustrow arbeiteten immer wieder zusammen, etwa bei der Entsendung und dem Empfang von Freiwilligen (über Aktion Sühnezeichen Friedensdienste) oder der Organisation von „deutsch-französischen Seminaren“, die mehrfach in den 1980er Jahren stattfanden.³⁰ Wie bei anderen Netzwerken war der Ursprung dieser Zusammenarbeit die persönliche Freundschaft zwischen ähnlich denkenden Aktivist*innen. Transnationale Verbindungen, so Ott, „waren immer eine Sache von Einzelpersonen [*le fait d'individus*]. [...] Es hängt oft von wenigen Personen ab, das ist echt fabelhaft.“³¹

Aktionen wie die Fahrten und Märsche nach Paris waren eine klare Inspiration für Gewaltfreie und eine wichtige Quelle (unter anderen) für die Idee der Treckerfahrt 1979 von Lüchow-Dannenberg nach Hannover. Wolfgang Hertle beschreibt das Prinzip sowie manche eigenen Innovationen im Hinblick auf eine andere, spätere Treckerfahrt in den 1980er Jahren so:

Einmal hatte ich eine Idee, die Erfahrung aus dem Larzac mit den Fahrten nach Paris dann auch zu variieren, und das haben wir dann auch angewandt auf Gorleben und Hannover. Wir wollten dann an drei verschiedenen Wochenenden nacheinander eine Eskalation oder eine Steigerung hinkriegen. Zuerst sind eine Reihe von Leuten zu Fuß nach Hannover losgegangen und dann sind zwei, drei Trecker losgefahren und die haben dann auf einem Platz in Hannover ein Haus gebaut. [...] Und dann beim dritten Wochenende führen ich weiß nicht mehr wieviel Traktoren und Autos und so weiter nach Hannover.³²

Dieses Prinzip stand auch hinter der großen Treckerfahrt 1979, bei der mehrere Aktionen gebündelt hintereinander stattfanden. Es fuhren verschiedene Gruppen zu verschiedenen Zeitpunkten los, die alle zum 31. März in Hannover eintreffen sollten: Trecker aus Gedelitz am 25.; Fahrradgruppen aus Lüchow am 26., aus Bremen am 27. und aus Braunschweig und Göttingen am 28.; Fußmärsche entlang der Hauptroute bei Uelzen ab dem 26.; sowie Busse, Bahn und Autokorsos u.a. aus Freiburg, München und Nordrhein-Westfalen am 31. selbst.³³ Wie damalige Dokumentarfilme beweisen, kamen die Atomkraftgegner*innen auf dem Treck mit vielen Bewohner*innen der ganzen Region in Kontakt und konnten durch diese langgezogene Aktion Information über – und Unterstützung für – ihren Protest in der Bevölkerung Tag für Tag ausbauen.³⁴

³⁰ Le Cun du Larzac, Deutsch-französische Seminare (Flugblatt A4), 1988, AA, Hamburg, Ordner "Le CUN du Larzac".

³¹ Ott, Interview.

³² Hertle, Interview.

³³ BUU Hamburg, Aufruf zur Demonstration (Flugblatt), 1979, APO-Archiv, Berlin, S 38.

³⁴ Wendländische Filmkooperative, Die Herren machen das selber, dass ihnen der arme Mann Feyndt wird (Film, 126 Min.), 1979, MPZ, Hamburg, 0,026; Albrecht, wir kommen, MPZ, Hamburg, 0,025.

Andere Proteste in Gorleben griffen ebenfalls auf Erfahrungen aus einem langen Lernprozess zurück, der im Bewusstsein vieler Aktivist*innen mit dem Larzac anfing. Das gilt besonders für die immer wieder angewendete Strategie der Platzbesetzung. Schon im Juni 1973 fingen die Bäuerinnen und Bauern des Larzac-Plateaus an, einen Schafstall ohne Genehmigung der Behörden – d.h. in offener Illegalität – auf einem von der Erweiterung der Militärbasis bedrohten Gelände zu bauen. 1974 ließen die Betroffenen auch einen schon von der Armee gekauften Hof in Les Truels durch gewaltfreie Aktivist*innen besetzen. Solche Aktionen inspirierten elsässische Umweltaktivist*innen in Marckolsheim, die gegen ein Chemiewerk am Rhein protestierten, später im gleichen Jahr ebenfalls eine Platzbesetzung zu erwägen.³⁵ Ohne Zaun oder Wachschatz wurde der Bauplatz in „Marcko“ schnell besetzt. Kurz darauf bauten Aktivist*innen ein „Freundschaftshaus“ (bzw. „Frendschafft’s hüs“ in alemannischer Mundart) aus Holz, um ihren Protest im Raum zu verankern. Konzerte mit lokalen Protestsänger*innen zogen Unterstützer*innen immer wieder zum Mitmachen auf das Gelände. Nur 10 km von Marckolsheim entfernt auf der anderen Seite des Rheins lag das geplante Atomkraftwerk Wyhl. Die beiden Umweltproteste waren von Anfang an eng miteinander verbunden. Nach der Besetzung in Marckolsheim zogen viele der Beteiligten auf das Gelände in Wyhl. Erste, kleine Platzbesetzung wurde schnell von der Polizei geräumt, aber dann nahmen die Wyhler erneut und dauerhaft das Gelände ein – indem sie die nächste Platzbesetzung bei einer Wochenenddemonstration mit 28.000 Teilnehmenden unternahmen. Im Anschluss errichteten elsässische und badische Aktivist*innen zusammen ein weiteres „Frendschafft’s hüs“, wo ebenfalls Konzerte sowie weitere Veranstaltungen im Rahmen der eigens ins Leben gerufene „Volkshochschule Wyhler Wald“ – ähnlich dem Programm der „Larzac-Universités“ – stattfanden. So kombinierten sie Elemente einer Großkundgebung mit einer Platzbesetzung, um eine eigene Form des Protests zu entwickeln.

Das Beispiel Wyhl machte daraufhin Schule, und nicht nur in Deutschland: neben versuchten Bauplatzbesetzungen in Brokdorf und Grohnde fanden auch im amerikanischen Seabrook, New Hampshire größere Demonstrationen auf einem AKW-Bauplatz statt. Eine Gruppe gewaltfreier Aktivist*innen studierte sogar das Modell Wyhl und half, die Proteste 1976–77 in Seabrook zu organisieren.³⁶ Ihre vielleicht wichtigste Innovation dabei war es, weder eine kleine Gruppe von Eingeweihten noch eine einzige Masse auf den Bauplatz zu bringen, sondern in zahlreichen, kleineren „Bezugsgruppen“ zu handeln, die autonom voneinander, aber mit gemeinsam abgestimmten Zielen agierten. Dieses Konzept fand 1980 seinen Weg zurück nach Gorleben, wo

³⁵ Le Larzac rencontre l’Alsace à Marckolsheim. flyer, Freiburg 1974.

³⁶ Joanne Sheehan u. Eric Bachman, Seabrook - Wyhl - Marckolsheim. Transnational Links in a Chain of Campaigns, unter: <https://www.nonviolence.wri-irg.org/en/resources/2008/seabrook-wyhl-marckolsheim-transnational-links-chain-campaigns>.

verschiedene Gruppen in locker koordinierter Zusammenarbeit ein ganzes „Anti-Atom-Dorfes“ errichteten: so bauten sie z.B. ein Frauenhaus mit Venus-Symbol an der Wand, ein „Fritz-Teufel-Haus“ zu Ehren des 68ers, mehrere Wachtürme und gemeinsame Einrichtungen wie ein Freundschaftshaus, eine Küche, ein Klinikum. Die selbsternannte „Republik Freies Wendland“ (RFW), die vom 3. Mai bis zum 4. Juni 1980 an der Tiefbohrstelle 1004 in Gorleben bestand und Probebohrungen verhinderte, wurde eine der wohl bekanntesten Platzbesetzungen der Zeit (und eine Inspiration für weitere Proteste wie den an der Startbahn West in Frankfurt). Vorübergehend wohnten polizeilichen Schätzungen zufolge 1.000 Personen auf diesem etwa 200 m x 250 m großen Platz, wo „etwa 70 Holzhütten, Unterstände und Erdlöcher gebaut und etwa 20 Hauszelte aufgeschlagen“ wurden.³⁷ Eine Delegation vom Larzac besuchte in der Zeit Gorleben und lernte die lokale Bürgerinitiative Umweltschutz kennen.³⁸ Als die Larzac-Bäuerinnen und -Bauern später im gleichen Jahr die Felder unter dem Pariser Eiffelturm besetzten, schickte die BIU ein Grußtelegramm.³⁹ So schloss sich der „Kreis der Solidarität“ zwischen dem Larzac und Gorleben.

Wie das Beispiel Larzac zeigt, profitierten Atomkraftgegner*innen um Gorleben stark von ihren transnationalen Netzwerken. Die „Übersetzung“ von Protestideen aus dem Ausland brachte immer wieder neue Innovationen zur Praxis der Platzbesetzung hervor. Der „Kampf“ um den Larzac war dabei eine besondere Quelle der Inspiration für Aktionsideen, vor allem bei gewaltfreien Protestformen. Von einem weiteren Standort aber ließ sich der Protest in noch zugespitzter Form importieren: aus dem Grenzraum zwischen dem deutschen Südbaden und dem französischen Elsass.

„Spielen mit der Grenze“ im Elsass und im Wendland

Die Landesregierung Niedersachsen hat den Standort Gorleben aus mehreren Gründen für das „atomare Entsorgungszentrum“ ausgewählt, vor allem aber wegen seiner geographischen Lage. Dicht an der Grenze zur Deutschen Demokratischen Republik und von drei Seiten durch ihr Territorium umzingelt, war Gorleben als Standort für ein großes Atomprojekt ein Dorn im Auge des Feindes von nebenan. Zudem glaubte Ministerpräsident Albrecht größeres „Vertrauenskapital“ in dieser eher konservativen Gegend an der Frontlinie mit dem Kommunismus zu genießen.⁴⁰ Doch bis 1990 machte diese Lage es auch Aktivist*innen möglich, sich die Grenze – wie auch in anderen Grenzräumen – für ihren Protest zweckentfremdet

³⁷ Besetzung der geplanten tiefbohrstelle 1004 in gorleben/nds. (Fernschreiben), vmtl. 3. Juni 1980, BArch, Koblenz, B 106/107375.

³⁸ Cornelia Frey, Lieder wurden zu Schreien, in: Zeit, 13. Juni 1980, S. 59.

³⁹ Marianne Fritzen, Chers amis... (Solidaritätstelegramm), 1980, Bibliothèque Municipale, Millau, Larzac IZ 63.

⁴⁰ Druck abgeschüttelt, in: Spiegel, 14. März 1977, S. 35–36.

anzueignen. In seinem „Gorleben-Lied (*Lied vom Lebensvogel*)“ singt Walter Moßmann von der Elbe als einen „Fluss so breit wie ein Weltmeer“ zwischen der Bundesrepublik und der DDR – die ihn trotzdem „an den Oberrhein, die Grenze zwischen Wyhl und Marckolsheim“ erinnere. Der Vergleich zwischen der deutsch-deutschen und der deutsch-französischen Grenze mag manchem skurril erscheinen. Jedoch gab es nicht nur direkte Verbindungen zwischen Gorleben und dem badisch-elsässischen Raum, sondern auch wichtige Ähnlichkeiten im Umgang mit diesen zwei äußerst unterschiedlichen Grenzen. Von den Badenern und Elsässern lernten manche in Gorleben, kreativ mit Grenzen umzugehen, um Aufmerksamkeit auf sich zu ziehen und Druck auf den Staat auszuüben.

Am Oberrhein waren grenzüberschreitende Demonstrationen keine Seltenheit. Schon vor der ersten großen Anti-AKW-Demonstration in Europa 1971 – gegen das französische Atomkraftwerk Fessenheim – nahmen die elsässischen Organisatoren Kontakt mit deutschen Bürgerinitiativen auf. Ein Jahr später kamen etwa 400 Demonstrant*innen aus Westdeutschland und der Schweiz zu einem Protest gegen Fessenheim und machten somit mehr als zehn Prozent der Teilnehmenden aus.⁴¹ August 1974 schlossen sich 21 elsässische und badische Bürgerinitiativen zusammen, um gemeinsam gegen zwei Projekte zu kämpfen: linksrheinisch das Bleichemiewerk in Marckolsheim und rechtsrheinisch das geplante Atomkraftwerk in Wyhl. In einer gedruckten Erklärung kündigten sie an, beim Baubeginn eines der Projekte gemeinsam das Gelände zu besetzen – und lösten am 20. September 1974 in Marckolsheim und am 18. Februar 1975 in Wyhl dieses Versprechen ein.

Allerdings wurde diese offene Grenze immer wieder speziell für Demonstrant*innen gesperrt. Französische Grenzpolizisten bekamen 1971 die kaum verhüllte Anweisung, ausländische Atomkraftgegner*innen auf dem Weg nach Fessenheim so lange zu schikanieren, bis die Demonstration selbst vorbei wäre.⁴² Solche Praktiken waren durchaus üblich: auch bei der Bauplatzbesetzung 1974 in Marckolsheim versuchten französische Beamte*innen, die Grenze für Demonstrant*innen unpassierbar zu machen; bei einem Pfingstmarsch zum geplanten AKW Cattenom fünf Jahre später wurden viele Protestierende an der Einreise nach Frankreich gehindert. Doch die Atomkraftgegner*innen lernten schnell, ihren Vorteil aus einer sonst nachteiligen Situation zu ziehen. Als Grenzbeamte*innen im September 1974 durch die üblichen Schikanen verhindern wollten, dass Umweltschützer*innen aus Wyhl wie angekündigt an der Platzbesetzung in Marckolsheim teilnehmen konnten, haben diese den Grenzübergang selbst einfach komplett blockiert – und die daraus entstehenden Verkehrsprobleme als Druckmittel gegenüber dem Staat

⁴¹ RG, La manifestation organisée... (Memo), 5. Mai 1972, AD Bas-Rhin, Strasbourg, 1743 W 54.

⁴² RG, Brief an PAF, 7. April 1971, AD Haut-Rhin, Colmar, 1391 W 17.

entdeckt.⁴³ Bei anderen Gelegenheiten haben sie mit einem Minimum an Koordination Freunde mit Autos zu verschiedenen Grenzübergängen geschickt, um diese gleichzeitig zu blockieren und somit den gesamten Grenzverkehr in der Region lahmzulegen. Laut Ginette Skandrani, Mitglied einer elsässischen Umweltgruppe, war die Grenze deshalb für Aktivist*innen ein „verdammte großer Vorteil“ („*un sacré avantage*“): auch bei Zwischenfällen im Atomkraftwerk Fessenheim haben Protestierende verschiedene Rheinbrücken blockiert, so dass – Ginettes (wohl leicht übertriebener) Aussage nach – die Grenzpolizei dazu „gezwungen wurde, den ganzen Verkehr über die Niederlande umzuleiten.“⁴⁴

An der deutsch-deutschen Grenze bei Gorleben herrschten natürlich völlig andere Bedingungen: die Grenze zur DDR war nicht nur für Demonstrant*innen kaum passierbar, sie war sogar höchst militarisiert. So war es unvorstellbar, gemeinsame Aktionen mit DDR-Bürgern durchzuführen oder die Grenztruppen der DDR herauszufordern. Allerdings haben auch hier Atomkraftgegner*innen Wege gefunden, mittels kleinerer Grenzüberschreitungen im Wortsinn sich der staatlichen Kontrolle der Bundesrepublik zu entziehen. Dabei nutzten sie die Tatsache aus, dass die DDR ihre Befestigungen entlang der Grenze zur BRD selten direkt an der Demarkationslinie bauen konnte. Zwischen offiziellen Grenzpfählen und verteidigtem Grenzzaun lag das sogenannte „vorgelagerte Hoheitsgebiet“ der DDR, das von BRD-Seite an manchen Stellen leicht zugänglich war.

Am 27. Januar 1982 mittags überquerten etwa 60 Atomkraftgegner*innen – darunter Kinder, junge Menschen und Ältere – die Demarkationslinie nahe der Grenzsäule 291, liefen etwa 30 m weiter auf das Territorium der DDR und fingen an, Zelte auf der Wiese aufzubauen. Der spät eintreffende Bundesgrenzschutz (BGS) konnte nur zuschauen, denn er durfte das Territorium der DDR nicht betreten, um die Demonstrant*innen zu räumen. Auf Aufforderung des BGS, das DDR-Territorium zu verlassen, antworteten die Grenzbesetzer*innen „Wie sollen wir uns gegen die Atommülldeponie schützen? Im Osten sind wir sicherer aufgehoben“ und „Erst Baustopp – dann kommen wir zurück!“ Gegenüber den Grenztruppen der DDR kündigten sie per Megafon an, dass ihr Protest „nicht gegen die DDR gerichtet [sei], sondern gegen die Atomenergie“ und fügten hinzu: „Es gibt keine friedliche Nutzung der Atomenergie!“ Um ihre Absichten auch schriftlich klar zu machen, trugen sie Transparente mit sich mit Parolen wie „Wir demonstrieren hier gegen ein Atommülllager im Landkreis Lüchow-Dannenberg“ und „Wir sind keine Faschisten“.⁴⁵

⁴³ Solange Fernex, *Non-violence Triumphant*, in: *The Ecologist* 5. 1975, hier S. 375; Balthasar Ehret, *Wasser. Schatz der Erde - Lebensmittel der Menschen*, in: Bernd Nössler u. Margret de Witt (Hg.), *Kein Kernkraftwerk in Wyhl und auch sonst nirgends. Betroffene Bürger berichten*, Freiburg 1976, S. 134–144, hier S. 138–139.

⁴⁴ Ginette Skandrani, Interview mit dem Verfasser, 11. Januar 2010, Paris.

⁴⁵ Grenzregiment 24, *Verletzung des vorgelagerten Hoheitsgebietes der DDR durch Personengruppen der BRD* (Akte, 58 S.), 1982, S. 23–31, BArch, Freiburg, DVH 48/138758. Die Transparente sind auch bei *Wendländische Wochenschau*, Videobrief aus dem Wendland (Video-Aufnahme), 1982, MPZ, Hamburg, 0,095. zu sehen.

Manche sangen sogar *Die Internationale*. Diese Aktion sollte aber auch zeigen, dass bei einem Unfall in Gorleben die Bewohner*innen des Landkreises eingesperrt wären: die BRD könnte den Landkreis seinerseits leicht abriegeln, die Bevölkerung würde nirgendwohin fliehen können. Dementsprechend richteten die Demonstrant*innen auch die Frage an die DDR, „ob sie bereit ist, im Katastrophenfall ihre Grenzbefestigungen zu öffnen und uns den Weg nach dem Osten frei zu machen. Kernstrahlung macht vor keiner Grenze halt.“ Ihre Frage blieb unbeantwortet; die Protestaktion aber auch. Die Grenztruppen der DDR schritten nicht ein, um ihren Erzfeinden beim BGS eine Peinlichkeit zu ersparen. Auch das Angebot des BGS, die Demonstrant*innen zu räumen, wenn die DDR unbewaffneten BGS-Beamt*innen Zugang zu ihrem Territorium gewähren würde, lehnten sie energisch ab.⁴⁶ Die Grenztruppen der DDR sahen sich mit einer Situation konfrontiert, „die es bisher an der Staatsgrenze zur BRD noch nicht gab“ und wussten nicht genau, wie sie auf einen solchen „Grenzzwischenfall“ reagieren sollten. Sie rätselten über einen Protest gegen die BRD, der „keinen erkennbaren provokatorischen Charakter“ gegenüber der DDR besaß, wohl aber „ein erneuter Ausdruck der vielschichtigen, komplizierten und sich ständig verschärfenden Klassenauseinandersetzung zwischen Sozialismus und Imperialismus“ war.⁴⁷ Als die Atomkraftgegner*innen am nächsten Tag freiwillig in die BRD zurückkehrten, konnten sie stolz darauf sein, „die erste Antikernkraftdemonstration auf dem Boden der DDR“ veranstaltet zu haben, wie der Deutschlandfunk berichtete.⁴⁸ Wie an der deutsch-französischen Grenze konnten Aktivist*innen durch geschickten Protest an der Staatsgrenze große Aufmerksamkeit auf sich ziehen.

Auch ein Jahr später hatten beide deutsche Staaten keine Antwort auf solche Protestaktionen parat. Am 2. Juli 1983 besetzte eine Gruppe von etwa 30 Menschen den Grenzstreifen erneut – dieses Mal aber unbefristet.⁴⁹ Sie boten dem BGS am Ende des ersten Tages an, ihre Aktion zu beenden, wenn sie „Einsicht in den Katastrophenplan für den Katastrophenfall“ bekämen: „Sollte diese Forderung nicht erfüllbar sein, da kein Plan existiert, dann fordern wir die ausdrückliche Mitteilung, dass es ihn nicht gibt.“ Den Grenztruppen der DDR gegenüber äußerten sie sich wie folgt: „Wir bitten ein weiteres Mal um Verständnis für unsere Aktion. Wir halten es für sinnvoll, den Grenzstreifen vorübergehend zu besetzen, um die Bevölkerung auf die Gefahren der Atomanlagen aufmerksam zu machen und um den hemmungslosen Profitinteressen der Atomindustrie nicht tatenlos gegenüber zu stehen.“⁵⁰ Die Grenztruppen der DDR taten sich wieder schwer mit einer

⁴⁶ Grenzregiment 24, Verletzung, BArch, S. 23–31.

⁴⁷ Ebd., 2-4, 5.

⁴⁸ Ebd., S. 32.

⁴⁹ Grenzregiment 24, Verletzung des vorgelagerten Hoheitsgebietes der DDR (Akte, 68 S.), 1983, 1, 6, BArch, Freiburg, DVH 48/139083.

⁵⁰ Ebd., S. 14.

klaren Reaktion. Zwar beschwerten sie sich beim BGS, als weitere Demonstrant*innen per Kanu über dem Elbnebenfluss Jeetzel die Besetzergruppe versorgten.⁵¹ Allerdings waren sie Parolen wie „Der BGS und die Polizei prügeln für die Atomschweine“ nicht unbedingt abgeneigt und beschränkten sich mehrere Tage lang darauf, ihre Beobachtung zu verstärken und zusätzliche Reserven bereitzuhalten. Am Abend des 6. Juli brachen die Atomkraftgegner*innen freiwillig ihre Aktion ab, „weil es die BRD als innerdeutschen Grenzkonflikt hochziehen will“.⁵² Internationale Aufmerksamkeit wurde erreicht, aber bei Weiterführung der Aktion hätte das Risiko bestanden, dass nicht über die Ziele, sondern bloß über die Form des Protestes berichtet würde. Die Hoffnung, dass die DDR-Behörden „unsere Forderungen... auch für Ihren Staat in Anspruch nehmen“⁵³ und eine Atomanlage direkt an der gemeinsamen Grenze ablehnen würden, wurde enttäuscht. Offenbar hatte die DDR schon Jahre davor entschieden, ihre Beschwerden über Gorleben klein zu halten, um ihr eigenes Endlager in Morsleben nicht zu gefährden.⁵⁴ An der deutsch-französischen Grenze konnten Atomkraftgegner*innen Druck auf den Staat ausüben, weil der Verkehr an der offenen Grenze weiter fließen musste; an der deutsch-deutschen Grenze, weil die Grenze geschlossen bleiben musste.

Aktivist*innen in Gorleben konnten zwar nicht jederzeit und beliebig oft die Elbseite wechseln. Doch wie am Oberrhein haben sie mithilfe der Grenze Wege gefunden, den Staat von innen und außen empfindlich zu treffen. Manchmal spielten sie einfach mit völlig anderen Grenzen: zwei Wochen vor Ankunft der Trecker in Hannover 1979 konfiszierten Zollbeamte*innen an der deutsch-niederländischen Grenze Flugblätter, die darauf hinwiesen, dass Gorleben „ein europäisches Problem“ sei. „Deshalb finden heute ab 9 Uhr an verschiedenen Grenzübergängen nach Österreich, der Schweiz, Frankreich, Belgien, den Niederlanden und nach Dänemark und Westberlin symbolische Grenzblockaden statt!“⁵⁵ Am gleichen Tag meldeten nicht weniger als 26 Polizeirevieren aus der gesamten Bundesrepublik die massenhafte Plakatierung von Schildern an weit verstreuten Ortseingängen und Stadtgrenzen mit großen „GORLEBEN“-Aufklebern. Dabei griffen Gorleben-Unterstützer*innen auf eine Idee zurück, die 1977 schon im Elsass ausgetestet wurde, als über Nacht alle Dörfer der Region plötzlich „Fessenheim“ hießen. In beiden Fällen brachten Atomkraftgegner*innen die Idee zum Ausdruck, dass ein Unfall in Fessenheim bzw.

⁵¹ Ebd., S. 39.

⁵² Ebd., S. 26.

⁵³ Ebd., S. 60.

⁵⁴ „Bei allen Aktivitäten gegenüber der BRD ist zu sichern, daß die Interessen der DDR hinsichtlich des Betriebes des Endlagers für radioaktive Abfälle Morsleben, des im Bau befindlichen Kernkraftwerks Stendal... sowie bezüglich von Fragen des Umweltschutzes... gewahrt werden.“ Politbüro, Vorgehen gegenüber der BRD... (Anlage zum Protokoll), 24. Januar 1978, BArch, Berlin, DY 30/J IV/2/2/1709.. Vgl. auch Astrid Mignon Kirchhof, East-West German Transborder Entanglements through the Nuclear Waste Sites in Gorleben and Morsleben, in: *Journal for the History of Environment and Society* 3. 2018, S. 145–174.

⁵⁵ Liebe Mitbürger und Zollbeamte... (Flugblatt), 17. März 1979, BArch, Koblenz, B 106/107375.

Gorleben über jede Grenze hinweg Konsequenzen hätte. „Gorleben ist überall“ lautete die Parole an Straßenschildern von Garbsen, Lüneburg, und Celle über Oldenburg und Stuttgart bis nach München und West-Berlin.⁵⁶

In Grenzräumen war der Griff nach Exterritorialität eins der wirksamsten Werkzeuge im Instrumentarium des Protestes. Wo Aktivist*innen sich leicht in jede Richtung über die Grenze bewegen konnten, war es auch möglich, der Macht auf beiden Seiten zu entkommen. So lernten z.B. Mitarbeiter*innen des Piratensenders Radio Verte Fessenheim, „mit der Grenze zu spielen“, wie sie es ausdrückten.⁵⁷ Von dem 4. Juni 1977 an setzte sich eine kleine Gruppe mit einem „zufällig erworben[en] [...] einfachen Sender“ jahrelang über das gesetzliche Radiomonopol in Frankreich wie auch in der Bundesrepublik hinweg. Fast wöchentlich strahlten sie ein dreisprachiges Programm (auf Französisch, Deutsch und Alemannisch) mit Interviews, Musik und Nachrichten zu Umwelt- und regionalen Themen aus. Laut damaliger Mitarbeiterin Mireille Caselli war dies dank der Grenzlage möglich: „>Mit der Grenze spielen< hieß damals, es war besser, das Programm für Frankreich aus Deutschland zu senden, weil die französische Polizei nicht das Recht hatte, hier zu agieren – und umgekehrt.“⁵⁸ Um das deutsch-französisch-schweizerische Dreiländereck herum schafften Aktivist*innen nicht nur Sendetechnik außer Landes, sie schufen auch ein eigenes Land aus der Luft: „Dreieckland“ nannten sie die Region zwischen Elsass, Südbaden und Basel. Hier taten sie so, als ob sie einen eigenen Staat am Rande verschiedener Mächte bildeten. Obwohl das Dreieckland rein fiktiv war, druckte es eine Idealvorstellung von transnationaler Einheit aus, nach der Atomkraftgegner*innen streben konnten.⁵⁹ So konnten sie sich aus einer politisch-geographischen „Randlage“ hinausdenken und ihre Kräfte bündeln. Es war kein Zufall, dass die legalisierte Fortsetzung von Radio Verte Fessenheim in Freiburg sich „Radio Dreieckland“ nannte.⁶⁰

In Gorleben erreichten Atomkraftgegner*innen eine ähnliche aber weitaus stärker entwickelte Form der imaginären Exterritorialität. Dort zogen Aktivist*innen symbolisch aus der Bundesrepublik in eine umweltfreundliche Utopie. Die Republik Freies Wendland errichtete „Konsulate“ und „Botschaften“ in entfernten Städten wie West-Berlin.⁶¹ Sie übte ihre Souveränität an einer „Passstelle“ aus, wo die berühmten „Wendenpässe“ ausgestellt wurden (gültig „solange

⁵⁶ Masznahmen linksextremer akw-gegner... (verschiedene Fernschreiben), 15. März 1979, Nds., Pattensen, 100 Acc. 2003/116 Nr. 66.

⁵⁷ Mireille Caselli, Radio Grün Fessenheim, in: Büchele et al (Hg.), Wyhl, Der Widerstand geht weiter, Freiburg 1982, S. 53–56, hier S. 54.

⁵⁸ Mireille Caselli, Interview mit dem Verfasser, 12. April 2010, Freiburg.

⁵⁹ Roland [„Buki“] Burkhart, Dreieckland – Wo liegt das? Was soll das? Wer will das?, in: Was Wir Wollen. 1977, S. 2–4.

⁶⁰ Karlheinz Grieger, Aus Radio Grünes Fessenheim wird Radio Dreieckland, in: Büchele et al (Hg.), Wyhl, Der Widerstand geht weiter, Freiburg 1982, S. 57–59

⁶¹ BM des Innern, Lagebericht, 3.6.80, BArch, Koblenz, B 106/107375.

sein Inhaber noch lachen kann“).⁶² Und sie besaß einen eigenen Staatssender: „Radio Freies Wendland“ lieh einen Sender von RVF aus (deren Technik auch auf dem Larzac und in Creys-Malville zuvor zum Einsatz gekommen war⁶³). Der Piratensender aus Gorleben wurde bei der Räumung am 4. Juni 1980 überregional bekannt, als er live über die Geschehnisse berichtete, Musik zur Ermutigung der Demonstrant*innen spielte und Hinweise zum passiven Widerstand gegen das Wegtragen durch BRD-Polizist*innen erteilte. Bei späteren Castor-Transporten wurde der Sender immer wieder reaktiviert, um Nachrichten über den Widerstand zu verbreiten. Mit dem Griff nach einer imaginären Souveränität beanspruchten sie eine Art Legitimität für sich. RFW war eine Form des zivilen Ungehorsams, die moralisches Handeln und gewaltfreies Verhalten ausdrücklich über das Gesetz stellte.

In Grensräumen wie dem Elsass und dem Wendland lernten findige Atomkraftgegner*innen, den Staat spielerisch zu provozieren und manchmal der Macht gänzlich zu entkommen. Ob offen oder geschlossen boten Staatsgrenzen besondere Möglichkeiten, dem Protest eine größere Bedeutung zu verleihen. Indem sie an oder über Grenzen hinwegarbeiteten, konnten Aktivist*innen ihre Botschaft leicht veranschaulichen, dass die Atomkraft eine universelle Drohung darstellte. Nicht nur Fessenheim, nicht nur Gorleben wären bei einem Unfall betroffen – Gorleben sei eben „überall“ und die Entscheidung über Atomtechnologie damit ein gesamtgesellschaftliches Problem für jedes Land und für die ganze Welt.

Fazit

Für eine dezentrale, lokal verankerte Bewegung wie die Anti-Atomkraft-Bewegung der 1970er Jahre waren transnationale Netzwerke besonders wichtig. Netzwerke zwischen verschiedenen Standorten lieferten zwar auch innerhalb eines Landes Wissen, Kreativität und Solidarität. Das stärkte den lokalen Protest. Wenn solche Ressourcen über Grenzen hinweg transportiert wurden, nahmen sie aber weiter an Bedeutung zu. Aus anderen, fremden Kontexten kamen weit mehr Ideen, als jede einzelne Aktivistengruppe selbst entwickeln konnte: transnationale Lernprozesse waren auch aufgrund ihrer Komplexität ergiebig. Die Anti-AKW-Bewegung in Gorleben profitierte deshalb stark von seiner Einbettung in ein grenzüberschreitendes Netzwerk.

Allerdings war nicht jede transnationale Beziehung gleich. Zwischen den Standorten Gorleben und La Hague, deren Atomprojekte gleich mehrfach verflochten waren, entstand aus der gemeinsamen Betroffenheit keine automatische Solidarität. Fluch für den einen und Segen für den anderen

⁶² Günter Zint (Hg.), Republik Freies Wendland. Eine Dokumentation, Frankfurt a.M. 1980, S. 92.

⁶³ Claude Collin, *Écoutez la vraie différence ! Radio verte Fessenheim, radio S.O.S. emploi-Longwy et les autres*, Claix 1979, S. 47.

hingen eng zusammen, als der Atommüll jahrelang hin- und hergeschoben wurde. Erst die Rücktransporte aus La Hague ab den 1990er Jahren ermöglichten es, eine weitergehende Kooperation zu entwickeln. Anders sah es mit dem Larzac aus: schon früh erkannten verschiedene Aktivist*innen, insbesondere Gewaltfreie, das Potenzial einer kreativen Adaption der öffentlichkeitswirksamen Kampagnen aus Südfrankreich. Obwohl die Problemlagen bei der Atomkraft und der Militärbasis andere waren, teilten die Standorte eine gewisse geographische Abgelegenheit und ländliche Prägung. Das langsame Rollen der Trecker in die Städte war ein Ausdruck der empfundenen Solidarität, der Austausch von Besuchen und Grußtelegrammen ein anderer. Überraschend gut ließen sich auch Affinitäten aufgrund der gemeinsamen Grenzlage zwischen dem Elsass und dem Wendland erkennen. Trotz aller Unterschiede ließen sich Atomkraftgegner*innen an der geschlossenen deutsch-deutschen Grenze von ihren Genoss*innen an der relativ offenen deutsch-französischen Grenze inspirieren. Wie die zahlreichen Protestaktionen in Gorleben immer wieder bewiesen, machen Umweltverschmutzung und Radioaktivität – aber auch kreativer Widerstand – an keiner Grenze halt.